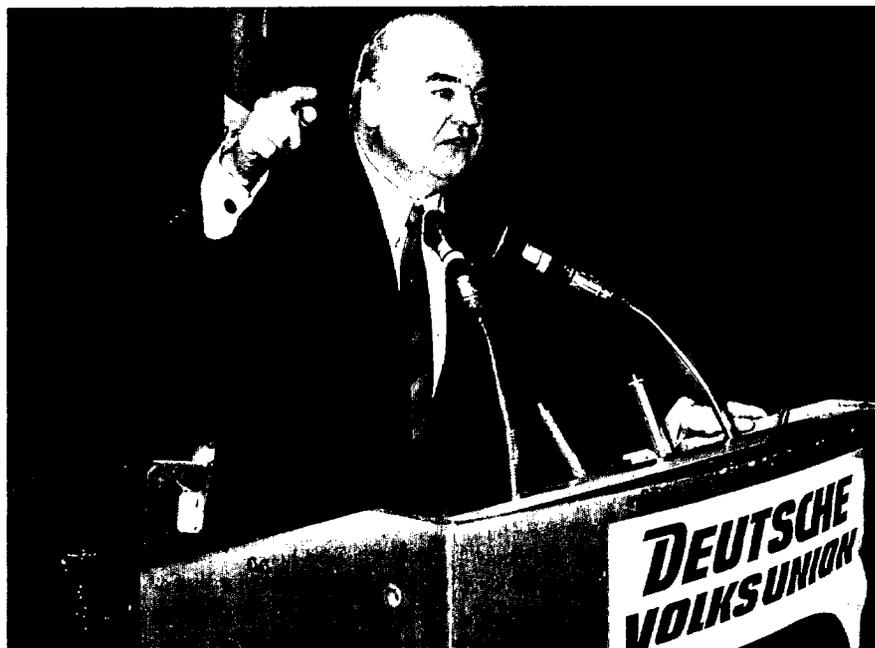


# „Seine Raffgier ist umfassend“

Politik und Geschäfte des Münchner Rechts-Verlegers Gerhard Frey



Parteichef Frey: Feingold fürs Fußvolk

Die beiden Herren tragen schwer an gemeinsamer Erfahrung: Sie zerstören sich gegenseitig ein Lebenswerk.

Als der Bayernfunk-Journalist Franz Schönhuber 1981 sein SS-Bekenntnis „Ich war dabei“ herausbrachte, wurde er vom rechtsextremistischen Münchner Pressezaren Gerhard Frey, 56, so lange und laut gelobt, daß sich die öffentlich-rechtliche Anstalt kompromittiert fühlte – Schönhuber flog raus.

Frey hatte nach fast 20 Jahren Wählerarbeit endlich die wichtigsten Rechten, seine Deutsche Volksunion (DVU) und die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD), unter einem Dach. Da sorgte Schönhuber mit der Erfolgsserie seiner Republikaner für eine neue Zweiteilung des nationalistischen Lagers.

Die beiden Nationalpopulisten liegen mittlerweile in erbitterter Fehde. „Niemand“ werde er, verspricht Schönhuber, mit NPD, DVU oder dem „NS-Devotionalienhändler“ Frey paktieren. Schönhubers Partei mache sich, gibt Frey zurück, insgeheim mit „Wende-Betrügnern“ der Union gemein.

Dennoch träumt mancher im Fußvolk von einer großen Allianz. So schwärmt der bayrische NPD-Sprecher und Bundesvorsitzende der Jungen Nationaldemokraten, Karl Heinz Sendbühler: „Schönhubers Charisma, Freys Geld und die Organisation der NPD – und kein Parlament ist mehr vor uns sicher.“

Die NPD hat Frey, der Millionensummen für gemeinsame Wahlkämpfe aus-



Blätter des Frey-Konzerns „Auf den Spuren der Goten“

wirft, auf der gemeinsamen Liste zur Europa-Wahl sogar den Vortritt gelassen: Er kandidiert auf Platz eins, der NPD-Vorsitzende Martin Mußnug, 53, bescheidet sich mit dem dritten Rang.

Die DVU, die seit 1971 als Verband firmierte und erst vor zwei Jahren als politische Partei angemeldet wurde, umgab sich mit vielerlei Grüppchen wie der „Aktion Oder-Neiße“, dem „Ehrenbund Rudel“ oder der „Initiative für Ausländerbegrenzung“.

Schon immer ließ sich allerdings darüber streiten, ob Frey beim Sammelwerk mehr die politische Mission oder mehr seine geschäftlichen Ziele im Auge hatte. „Frey“, behauptet jedenfalls Konkurrent

Schönhuber, „ist praktisch nur ein ausgekochter Geschäftemacher.“

Seine publizistische Hausmacht unter dem Dach des Druckschriften- und Zeitungsverlags DSZ in München-Pasing wirft Jahresgewinne von geschätzten acht bis zehn Millionen Mark ab. Zu Freys monopolartigem Rechtspresse-Trust gehört neben dem Leitblatt „Deutsche National-Zeitung“ („DNZ“) und dem „Deutschen Anzeiger“ seit 1986 auch die „Deutsche Wochen-Zeitung“, die Frey günstig von der notleidenden NPD übernommen hatte.

Beim DSZ-Verlag in der Pasinger Paosstraße residiert auch die DVU-Parteizentrale mit ihrem Vorsitzenden. Und der versteht es seit langem, die Interessen von DVU-Frey und DSZ-Frey anzugleichen. „Seine Raffgier“, sagt ein ehemaliger Verlagsmitarbeiter, „ist umfassend und allgegenwärtig.“

Die Leserschaft wird unablässig zu – beitragspflichtigen – Mitgliedschaften in alten wie neuen Gruppen und zu Spenden aufgefordert. Frey ruft sogar dazu auf, DSZ oder DVU im Testament zu bedenken, damit das „national-freiheitliche Lager“ gestärkt werde.

Geschöpft wird aus dem Reservoir von Altnazis, Militärtraditionalisten, radikalen Vertriebenen. Teilnehmer von DVU-Veranstaltungen und Abonnenten werden ständig zum Kauf von Büchern, Schallplatten und Videokassetten animiert.

Mit „beinahe sittenwidrigen Gewinnspannen“, sagt ein Eingeweihter, vertreibt Frey nebenbei Medaillen „großer Deutscher“, etwa von Hitlers Stellvertreter Rudolf Heß oder vom Stuka-Helden Hans-Ulrich Rudel. Die Gedenkmünzen lasse der Verleger beispielsweise in Feingold für rund 220 Mark pro Stück anfertigen und setze sie dann für das Doppelte oder Dreifache ab.

Ein angegliedertes Reisebüro „Deutsche Reisen“, das einst der NPD-Veteran Waldemar Schütz auf die Beine gebracht hatte, schickt vornehmlich hochbetagte Kundschaft in die weite Welt, etwa auf die „Spuren der Goten“ oder nach „Deutsch-Südwestafrika“.

Seine „National-Zeitung“ hatte Frey, Sproß einer alteingesessenen Kaufmannsfamilie aus Cham in der Oberpfalz, einst unter dem Titel „Deutsche Soldaten-Zeitung“ erworben. Frey lenkte das Blatt, das ursprünglich von US-Besatzern und Bundespresseamt finanziert worden war, um den neuen westdeutschen Wehrwillen zu wecken, Anfang der sechziger Jahre zielstrebig ins rechtsradikale Spektrum. Die Wochenzeitung polemisierte schrill gegen die

„Kriegsschuld-Lüge“ und forderte „Generalamnestie“ für NS-Kriegsverbrecher.

Als die Zeitung damals lang und breit über die Misere farbiger Hilfstruppen-Veteranen im ehemaligen Deutschafrika berichtete, kam Frey auf die Idee, die Reportage mit einer Spendenaktion zu verknüpfen. Über die unerwartete Flut von Einzahlungen sei der Verleger, wie alte Mitarbeiter berichteten, begeistert gewesen: „Das können wir doch auch für uns nutzbar machen.“

Zum eigenen Vorteil hängt sich Frey bisweilen auch bei fremden Aktionen an – so vor Jahren an die Kampagne „Freiheit für Rudolf Heß“. Weder der Hilfsgemeinschaft gleichen Namens noch der Familie Heß ist je bekannt geworden, ob Frey das für seine Aufrufe kassierte Geld tatsächlich „für den vorgegebenen Zweck verwendet hat“, sagt Heß-Sohn Wolf Rüdiger im bayrischen Gräfelfing. Heß junior fiel auf, daß dieselbe Kontonummer auch für andere Frey-Sammlungen angegeben wurde – eine „unscharfe Trennung“, die ihm mißfällt. Heß: „Frey hat mit dem Namen meines Vaters erfolgreich Geld gemacht.“

Mittlerweile ist Gerhard Frey längst ein schwerreicher Mann, der sein Geld fast ausschließlich in Immobilien angelegt hat. Er besitzt Mietshäuser in München und Berlin und bewohnt eine festungsartig ausgebaute Villa im Münchner Würmtal-Vorort Gräfelfing, an der gelegentlich Demonstrantengruppchen vorbeimarschieren.

In Gräfelfing läßt sich Frey, der privat ein Eremitendasein führt und Briefmarken sammelt, nach Auskunft eines früheren Mitarbeiters morgens von seinem Chefbuchhalter Walter Kussin die neuesten Kontoauszüge vorlegen – einschließlich Mitgliederbeitragszahlungen und Spendeneingängen.

Auch in Pasing hat der Patron sein Haus bestellt: Ehefrau Regina hat Prokura; Tochter Michaela, 24, führt die Anzeigen- und Honorarabteilung und „schurigelt“, wie Insider berichten, „alte Frontsoldaten“ unter den DSZ-Autoren; Sohn Gerhard Frey junior, 20, ist in der Verlagsleitung tätig und macht bereits bei der Partei Karriere. Der junge Frey (Partei-Spitzname: „Baby Doc“), Jura-Student, ist DVU-Kreis- wie Bezirksvorsitzender und kandidiert auf Platz vier für das Europa-Parlament.

Großzügig gibt sich Hausherr Frey senior nur in Ausnahmefällen, etwa bei den Galionsfiguren politischer DVU-Kundgebungen wie dem britischen Historiker David Irving. Der Engländer, der Frey als Aushängeschild für Kriegsschuld- und Auschwitz-Lüge dient, kassiert auch für Auftritte vor nur 50 oder 60 Zuhörern stets einige tausend Mark Honorar und darf mit einem gemieteten Rolls-Royce vorfahren.

fen. Wie Schönhuber so verschiedenen Gruppen das Gefühl gibt, in Wahrheit kämen sie aus ein und demselben Geiste, zeigt er in seinen Zwar-Aber-Reden vor oft vieltausendköpfigem Publikum.

Europa ist prima, aber nicht diese EG; die Türken sind gastfreundlich und haben Familiensinn, aber sie „passen nicht“ zur Gemeinschaft; die Republikaner sind nicht ausländerfeindlich, sondern nur deutschfreundlich – am liebsten gesamtdeutsch-freundlich: Auf einer Wahlversammlung im hessischen Fernwald-Steinbach wurde Schönhubers Stellvertreterin Johanna Grund, 54, als „Südost-Deutsche“ präsentiert, „Tochter eines Österreicherers aus dem Sudetenschlesien“ und einer „Bayerin aus dem Chiemgau, geboren im preußisch gewordenen Teil Schlesiens, in Breslau“.

Wer sich bei den Republikanern, bei denen eine starke Anhängerschaft nach der Emnid-Untersuchung des SPIEGEL antisemitische Ressentiments pflegt, als „Antisemit“ gebärde, auf den werde Schönhubers persönlicher Zorn herniederfahren. „Aber so allmählich“, redet Schönhuber weiter, als gäbe es da keinen Bruch, „hat man ja als Deutscher den Eindruck, der Zentralrat der Juden ist die fünfte Besatzungsmacht auf deutschem Boden“ – wer ein guter Jude ist, das bestimmt Franz Schönhuber.

Er stellt in seinen Büchern, vier sind es inzwischen, die Opfer und die Täter auf eine Stufe: „Wir wollen Auschwitz nicht vergessen, aber auch nicht den Idealismus und die Opferbereitschaft jener Menschen, die an eine nationale Revolution glaubten und dabei von den



Republikaner Andres  
Zur Bundespräsidenten-Wahl entsandt

Machthabern des Dritten Reiches schändlich mißbraucht wurden.“

Schönhuber will zwar „nie wieder einen Hitler, nie wieder“, aber gab es nicht Hitlers allerorten, die Indianer ausgerottet, Neger verklavt, Buren ins Konzentrationslager gesteckt haben? Der Streit der Historiker um eine Entsorgung der deutschen Vergangenheit erweist sich als Katalysator für einen Rechtsextremismus, der auch schon wieder als normal betrachtet werden will.

Das ist kein Zufall. Auf der Suche nach einer neuen politischen Heimat stieß Schönhuber 1983 zunächst auf

### „Wieder eine normale Nation sein“

einen rechtsgewirkten Professorenzirkel – den „Deutschlandrat“. Dort sannen führende Revisionisten der deutschen Geschichtsschreibung über eine neue nationale Zukunft nach, unter anderen

▷ der Bochumer Politologe Bernard Willms, 57, der die Auffassung vertritt, es gebe „keine der Idee der Nation übergeordneten Prinzipien, schon gar keine moralischen“;

▷ der Erlanger Historiker Hellmut Diwald, 59, der „Mut zur Geschichte“ fordert und meint, mit „bewußten Irreführungen, Täuschungen und Übertreibungen“ sei Auschwitz zur „totalen Disqualifikation eines Volkes“ benutzt worden;

▷ der Heidelberger Politologe Hans-Joachim Arndt, 66, der Auflehnung gegen „Überfremdung“ und „Ent-Volkung“ für überfällig hält;

▷ der Publizist Armin Mohler, 69, ehemaliger Sekretär des Schriftstellers Ernst Jünger, der sich über den „Würgegriff einer maßlos gewordenen Vergangenheitsbewältigung an den deutschen Hälsen“ beklagt.

Aus dem Think-Tank der Nationalisten rieselte schließlich eine 19 Zeilen kurze Erklärung, die eine „Entkriminalisierung unserer Geschichte als Voraussetzung für ein selbstverständliches Nationalbewußtsein“ fordert: „Wir wollen wieder eine normale Nation sein.“

Solche Sätze wurden 1985 Bestandteil des „Siegburger Manifests“ der Republikaner. Fortan verstand Schönhuber seine Partei als „politische Trägerschaft“ des historischen Revisionismus.

„Die Normalisierungsdebatte im Historikerstreit“, sagt der Hannoveraner Soziologe Oskar Negt, habe „ein wichtiges Bindeglied“ hergestellt zwischen Rechtsextremen, Konservativen